

1) DAS ENDE DER LANGEN NACHKRIEGS- ÄRA, UND DER MÖGLICHE RÜCKFALL IN DIE VERGANGENHEIT

Welche Antwort halten wir als Europäer und Österreicher auf das russische Vorgehen gegenüber der Ukraine bereit? Eine solche Antwort muss realistischer Weise in Rechnung stellen, dass hier mehr gefordert ist, dass es hier um mehr geht als die Reaktion auf eine zeitweiligen Trübung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland. Russland stellt nämlich mit seiner Aggression gegenüber einem anderen europäischen Staat nicht nur seinen eigenen Status in Europa in Frage; sondern darüber hinaus überhaupt die gesamte Weltordnung, so wie sie sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatte.

Die Russische Annexion der Krim, und der provokant offenkundige Plan, diesen Erfolg nun auch in der Ost- und Südukraine zu wiederholen, sie erklären sich nicht nur aus einem russischen Machtwillen. Sie erklärt sich auch aus einer breiten Entwicklung, die weit über einen Territorialstreit zwischen zwei Nationen hinauslangt und die eben dieses „In Frage Stellen“ der Nachkriegsordnung überhaupt erst ermöglicht hat. Es geht um nicht weniger als um die Umkehr jener Verhältnisse und Verhaltensnormen, welche uns, vor allem in Europa aber größtenteils auch anderswo, durch siebzig Jahre hindurch Frieden beschert und weltweit eine historisch präzedenzlose Mehrung des Wohlstandes ermöglicht hatte.

Vieles fließt in dieser Trendumkehr zusammen. Hätten etwa russische Chefideologen noch vor 10 Jahren gewagt damit zu protzen, dass ihrerseits kein Interesse an einem „westlichen“

Modell pluralistischer Demokratie besteht; und dass man statt sich in die Weltwirtschaft zu integrieren, den Vorteil eher in dem Zusammenschluss eines regionalen, zunehmend autarken „eurasiatischen“ Wirtschaftsraumes sucht?

Anders als vor 10 Jahren, können russische Ideologen das deshalb ungestraft tun, weil dieses westliche Modell inzwischen vielenorts weniger attraktiv geworden ist. Kann denn „westliche“ Demokratie auch heute noch als Leitbild dienen, wenn in diesen „westlichen“ Demokratien Politik zu inhaltslosen Schaukämpfen von Berufspolitikern und ihren Medienberatern degeneriert; und wo es unmöglich geworden ist, selbst zu den drängendsten Fragen die notwendigen Entscheidungen zu treffen; und wo die vorgeblich um die Herstellung von Demokratie in Gang gesetzten Revolutionen und militärische Interventionen nicht Freiheit, Recht und Ordnung gebracht haben, sondern Chaos und Blutvergießen. Muss es da nicht attraktiver werden, sich nach anderen Leitbildern umzusehen, so wie sie etwa von Singapur oder China angeboten werden wo solches Chaos und solche Blockaden nicht bestehen, und wo allen Unkenrufen zu Trotz, auf breiter Basis und zielstrebig an der Hebung des Gemeinwohls gearbeitet wird.

Was soll so anziehend an einem „westlichen“ Wirtschaftssystem sein, welches trotz steigendem Leistungsdruck steigende Arbeitslosigkeit produziert; daneben rapide zunehmende Ungleichheit in Vermögen und Einkommen; und trotzdem kaum Aussichten auf eine weitere und stetige Mehrung von echtem Wohlstand?

Das war nicht immer so. Für lange Jahre nach dem Ende des letzten großen Krieges war das „westliche“ System durchaus attraktiv. Es konnte sich auch deshalb entfalten weil es wirksam in weltweiten Institutionen abgestützt war: den Vereinten Nationen, dem Weltwährungsfonds, der Welthandelsorganisation; etc. Um diesen weltweiten

Organisationen ihre Wirkungskraft, Funktionalität und Legitimität zu erhalten hätten sie sich allerdings laufend an verändernde Umstände anpassen müssen. Sie hätten sich laufend und auch tiefgreifend reformieren müssen. Das ist nicht geschehen und selbst kleinere, bescheidenere Reformen sind blockiert. Notwendig wäre es zum Beispiel gewesen, den Weltwährungsfonds zu einer echten Welt – Zentralbank fort zu entwickeln. Von einem solchen ambitionierten Ziel meilenweit entfernt ist es aber nicht einmal möglich gewesen, im Weltwährungsfonds minimale Veränderungen etwa dadurch vorzunehmen, dass entsprechend den stark geänderten wirtschaftlichen Gewichten der Mitgliedsstaaten, in den IWF Leitgremien europäische Staaten ihren Einfluss zu Gunsten der neu aufsteigenden Staaten etwas reduzieren. Ähnliches gilt für den Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen. Um seine Funktionalität und Legitimität zu wahren, hätte auch dieses, wohl wichtigstes internationales Gremium den neuen Machtverhältnissen angepasst werden müssen. Das ist nicht geschehen und so ist in diesem Gremium keiner der großen Lateinamerikanischen Staaten als ständiges Mitglied präsent; und auch nicht die Atommacht Indien, welches in einigen Jahren der bevölkerungsreichste Staat der Erde sein wird; während sowohl Frankreich als auch Großbritannien sehr wohl einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat haben, trotzdem ihre Bevölkerung zusammen wohl kaum mehr als 10 Prozent der Bevölkerung ausmacht, über die Indien in einigen Jahren verfügen wird. Auch die Welthandelsorganisation ist mit ihren Projekten und Reformen stecken geblieben. Eine weitere Liberalisierung des Welthandels konnte sie nicht erwirken. Vor allem aber war es ihr nicht gelungen, sich mit ihren Instrumenten den aus einer engeren wirtschaftlichen Verflechtung von Staaten entstehenden sozialen und ökologischen Problemen zu stellen.

Stagnation, ja Rückschritt gibt es vor allem auch bei dem früher durch lange Zeit erfolgreichen Projekt der Europäischen Integration. Diese Stagnation oder vielmehr

Rückschritt wird deutlich in der Entwicklung der EU Institutionen. Das entspricht einem Stimmungswandel der europäischen Bevölkerung. Jene politischen und gesellschaftlichen Gruppen werden stärker, welche in der Union nicht den Garant für eine sichere und bessere Zukunft erblicken; sondern vielmehr eine Bedrohung ihrer bisherigen Identität und Sicherheit.

Das versprochene „Immer Enger Werden,, der Union hätte Ausdruck ja auch darin finden müssen, dass die „gemeinschaftlichen“ Organe – wie die Kommission und das Parlament - Gewicht gewinnen; und das zu Lasten der bloß „zwischenstaatlichen“ (intergouvernementalen“) Einrichtungen wie vor allem dem „Europäischen Rat“, in welchem wichtige Entscheidungen de facto immer nur einstimmig getroffen werden; mit der Folge, dass Entscheidungen dort oft blockiert werden; und europäische Politik wieder zu dem wird, was sie vorher durch Jahrhunderte gewesen ist: ein Nullsummen oder Negativ – Summenspiel, in dem Interessengegensätze eskalieren und oft nicht einmal ein kleinster gemeinsamer Nenner gefunden werden kann. Entgegen den Versprechen, eine „immer stärkere Union“ zu bilden und dafür das „Gemeinschaftliche“ zu Gunsten des „Intergouvernementalen,, zu stärken, haben sich, auch beschleunigt durch die Wirtschafts- und Euro – Krise, die Gewichte tatsächlich in die entgegengesetzte Richtung verschoben. Nicht der Internationalismus und „Europäismus“ ist im Vormarsch sondern, so wie vor hundert Jahren, ein gefährlicher, zerstörerischer Nationalismus.

2) DER HEGEMON VERLÄSST DAS DIRIGENTENPULT - DIE NACHFOLGE IST NICHT IN SICHT

Großmächte sind in zwei Phasen ihrer Existenz gefährlich: dann wenn sie (etwa so wie heute China) aufsteigen; aber ebenfalls und noch mehr, wenn ihr Niedergang einsetzt. Die letzten Jahrzehnte waren nun, beginnend mit der Ära des Präsidenten R. Reagan, vom Niedergang des US Macht bestimmt. Die wachsende innere Schwächen Amerikas übersetzte sich in Unsicherheit und die Neigung zu einem kompensatorisch auftrumpfenden Internationalen Verhalten. Dabei verstieß Amerika zunehmend gerade gegen jene Regeln, die es einst nach dem Zweiten Weltkrieg selbst international verbindlich gemacht hatte. Es mag uns heute nicht mehr so geläufig sein, aber dennoch waren es die USA , welche sich in dieser nunmehr schon etwas fernen Vergangenheit für starke, wirkungsvolle internationale Organisationen eingesetzt hatten; welche zum ersten Mal in einem vorher nie gekannten Ausmaß Hilfe an in Not befindliche Staaten gewährten, welche die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen vorantrieben; durch ihre Unterstützung des Universal Declaration of Human Rights“ Staaten gegenüber ihren Bürgern haftbar machten; und selbst den Grundstein zur Einigung Europas legten, und die militärisch - strategisch für Ruhe sowohl in Europa wie auch in Ost – Asien sorgten. Sie agierten demnach als ein (in der Fachsprache der Politikwissenschaftler so bezeichneter) „wohlwollender Hegemon; als jemand der Regeln vorgibt und auch selbst befolgt, von denen angenommen werden kann, dass auch andere sie deshalb befolgen werden, weil sie erstens vom mächtigsten Staat der Welt befolgt werden; und zweitens deshalb, weil die Beachtung solcher Regeln im allgemeine doch im eigenen langfristigen Interesse liegt.

Die Distanzierung von dieser einstigen Rolle wird offensichtlich in der Anzahl von bedeutsamen internationalen Abkommen, welche die USA heute nicht mehr unterstützen: den internationalen Strafgerichtshof, die Anti – Folterkonvention, das Kyoto Protokoll zur Eindämmung der Emission von Treibhausgasen, die grundlegende Internationale See – RechtsKonvention; usw.usw. Andererseits ließen sich die Vereinigten Staaten nach dem Ende des „Kalten Krieges“ in einer Welle des aufschäumenden Triumphalismus zu völlig unbedachten, risikoreichen militärischen Abenteuern hinreißen. Deren klägliche Ergebnis hat ihnen von anderen Staaten Hämehinbrachte; und von den eigenen Bürgern den Wunsch nach Rückkehr hinter die Mauern der Festung Nordamerika:

Im Nahen Osten sind die USA nicht länger tonangebend. Den Raum Irak / Afghanistan / Pakistan überlassen sie nach ihrem Rückzug dem Chaos. Ihre Rolle in Afrika ist eng umschrieben und sie lassen den Europäern den Vortritt - ob diese ihn nun wünschen oder nicht. Japan ignoriert die USA auf eine unjapanisch – offene Weise; und China geht seinen Pfad eines voraussichtlich dennoch nicht immer „friedlichen Aufstiegs“ relativ unbekümmert von amerikanischen Wünschen und Remonstrationen.

Europa hatte als Juniorpartner an der Festigung der „atlantischen“, also hauptsächlich von den USA bestimmten, Weltordnung mitgewirkt. In seiner Anhängigkeit vom Außenhandel, in seiner fortbestehenden Unfähigkeit zu gemeinsamen, raschen und effektiven außenpolitischem Handeln, in seiner strategischen Verwundbarkeit, war und ist ihm diese von Regeln bestimmte und in internationalen Organisationen abgestützte Ordnung von Vorteil; ja sie war und ist Europa weit unersetzlicher als dem Inselkontinent der Vereinigten Staaten.

Und so findet sich Europa zunehmend allein. Das gilt auch für das Verhältnis zu seiner „östlichen Nachbarschaft“ und insbesondere zu seinem Verhältnis zu einem Russland, das nunmehr bereit ist, die bislang geltende Ordnung in Frage zu stellen; und das vor allem zu Lasten des restlichen Europas.

Nicht dass die USA ihr Interesse an dieser östlichen Nachbarschaft der EU und an Russland völlig verloren hätten. Aber anders als für Europa entscheidet sich dort für die USA nichts Schicksalhafteres. Die Europäische Union hat jedes Interesse daran, im Verhältnis zu den östlichen Nachbarn und zu Russland die USA hinter sich zu wissen. Aber der Wunsch wird nicht immer in Erfüllung gehen. Europa ist daher aufgerufen, seine Interessen und Handlungen verstärkt eigenständig zu artikulieren und durchzusetzen. Wie und mit welchem Ziele, das behandelt ein späterer Abschnitt. Er folgt zunächst nämlich einem, in dem auf die Versäumnisse verwiesen wird, die der Europäischen Union in ihrer Östlichen Nachbarschaftspolitik und in ihrem Verhältnis zu Russland unterlaufen sind; die sich nunmehr rächen; und die es zu kompensieren gilt.

3) DER ZERSTOBENE TRAUM VOM SICHERHEITSPOLITISCH UND WIRTSCHAFTLICH EINHEITLICHEM RAUM ZWISCHEN VANCOUVER UND WLADIWOSTOK

So wie die meisten Reiche vor ihm, ist auch das Sowjetreich - die Sowjetunion samt ihren Satrapen – an seiner inneren Schwäche zu Grunde gegangen. Rücksichtslos ausgeübte Unterdrückung konnten das nicht verhindern. Die sowjetischen Führer selbst haben das schließlich auch so gesehen und die notwendigen Schlüsse daraus gezogen. Die Sowjetunion sollte ein in die Welt integrierter Staat werden, von den anderen Staaten nicht abgeschirmt, sondern mit diesen in eine gemeinsame Welt eingebunden.

Sie sollte Teil einer die nördliche Halbkugel der Welt umspannenden, von Vancouver bis Wladiwostok reichenden Region des Wohlstands und der Freiheit sein. Der sowjetische Präsident Gorbatschow wurde von den US in dieser Hoffnung bestärkt. In seiner im August 1991 vor dem ukrainischen Parlament in Kiew gehaltenen Rede erklärte der damalige US Präsident G.H.W. Bush (das ist Bush - Senior), der russische Präsident hätte „bedeutsames erreicht, denn seine Politik von Glasnost, Perestroika und Demokratisierung würde auf die Ziele von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft verweisen¹“.

Eine gewisser Ansatz für solche Hoffnung bildete schon das Helsinki Abkommen von 1975. Zwar standen Ost und West einander damals noch als Gegner gegenüber. Doch war es in der Folge und auf Grund dieses Abkommens dennoch möglich, Gemeinschaftlichkeit zu schaffen und auszubauen. Darauf hätte man auch nach dem Zerfalls des kommunistischen Imperiums aufbauen können. Man hätte die nach Helsinki geschaffenen KSZE, und ihre Nachfolge Organisation OSCE als Basis nutzen können, in die in ihr zusammengefassten Staaten zu eben dieser Region einer gemeinsamen Sicherheit und eines gemeinsamen Wohlstands zusammen wachsen zu lassen. Das waren denn auch die Vorstellungen, die Gorbatschow geleitet hatten und die er auch ausdrücklich zu Basis seiner Verhandlungen mit den „Westen“ gemacht hatte. Das war die Hoffnung, die seine Zustimmung zur Auflösung des Warschauer Militärpaktes und zur Wiedervereinigung Deutschlands motivierte; und das waren Hoffnung, denen konkret und auf höchster Ebene von 32 europäischen Staaten, von den USA und Kanada in der

¹ “ Gorbatschev has achieved astonishing things and his policies of glasnost, perestroika and democratization point towards the goals of freedom, democracy and human rights”

„Charta von Paris“ im November 1990 Rückhalt gegeben worden war: Die Ära der Konfrontation und Ausgrenzung wäre beendet. Das Gegeneinander sollte durch ein demokratisches und friedliches und auch wohlstandschaffendes Miteinander ersetzt werden.

Betrachtet man die Dinge aus russischer Sicht, so sind solche - zugegebenermaßen vagen – Versprechen nie eingelöst worden: weder von den USA, der NATO oder der Europäischen Union. Das gilt vor allem für den Bereich der Sicherheitspolitik und für den Bereich der Wirtschaftspolitik. Der Auflösung des Warschauer Militärpaktes entsprach keine Auflösung der NATO. Rein technische Gründe mögen den Fortbestand der NATO rechtfertigen, aber das lässt dann andererseits die Frage offen, weshalb man Russland nicht eine NATO Mitgliedschaft angeboten hatte (obwohl der spätere russische Präsident Jeltsin darum angesucht hatte); und weshalb man das NATO Territorium dann auch noch bis an die Grenzen Russlands ausgedehnt hatte², obwohl man, zumindest in der Sicht Russlands, versprochen hatte die Grenzen des NATO Territoriums eben nicht nach Osten hin auszudehnen³. Den Vorstellung von einer „gemeinsamen Sicherheit“ wurde so in der Praxis weitgehend der Boden entzogen. Zwangsweise musste das in Russland, und vor allem im russischen politische / sicherheitspolitischen Establishment den Eindruck stärken, nicht als Partner, sondern als besiegter Gegner behandelt zu werden.

² Sogar der Ukraine wurde eine solche Mitgliedschaft – nach Durchlaufen eines „membership action plan“ im Jahre 2008 angeboten. Nach der Wahl von Präsident Yanukovych im Jahre 2010 hat die Ukraine auf diese Option aber ausdrücklich verzichtet und sich als ein „paktungebundener Staat“ definiert.

³ Die Frage ist extrem kontrovers. Die USA bestreiten, dass eine solche Zusicherung je abgegeben worden war. Gestehen aber zu, dass man anlässlich der Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung versprochen hatte, die NATO „keinen Zentimeter weit“ nach Osten hin auszuweiten. Jedoch hätte sich – so die US Version – diese Zusage eben nur auf die deutschen Ost – Gebiete bezogen.

Ähnliches wie für die militärische Sicherheitspolitik gilt auch für die Außen – Wirtschaftspolitik. Auch da wurde bald klar, dass nie eine echte Chance auf die Aufwertung Russlands zum vollwertigen Partner bestand. Die Hauptschuld dafür trifft die Europäische Union. Eine volle Mitgliedschaft wurde Russland niemals angeboten oder auch nur entfernt in Aussicht gestellt. Ein minderes Angebot wäre dem vom Ende seiner Großmachtstellung traumatisierten Russland wohl nur schwer aber dennoch akzeptierbar, vorausgesetzt es hätte sich um ein wirklich umfassendes Angebot gehandelt, mit der Möglichkeit sogar einer schlussendlichen Erweiterung zu einer die EU und Russland umfassenden Zollunion. Aber auch so ein umfassendes Angebot wurde niemals in Aussicht gestellt. Andererseits wurden den westlichen und kaukasischen Anrainerstaaten Russlands zuletzt im Rahmen der „östlichen Partnerschaft“ Vergünstigungen in einer Art in Aussicht gestellt, die die Bindung dieser Staaten an die EU deutlich verstärken und das auch zu Lasten des diesen Staaten auch noch weiterhin wirtschaftlich eng verflochtenen Russlands. Kein Wunder, dass die EU Russland so vom potentiellen wertvollen Partner, zum feindlichen Konkurrenten wird; und dass sich Russland in der Folge von der EU abwendet.

Mit seiner Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation als Garantie für seine weitere Teilhabe an der Weltwirtschaft, setzt Russland nunmehr auf einen verstärkten Rückhalt in der „eurasiatischen Zollunion“ und nicht auf eine verstärkte Teilhabe an dem in und um die Europäische Union geschaffenen Wirtschaftsraum.

Es ist sehr zweifelhaft, ob Russland damit seinen langfristigen Interessen dient. Aber die Wende hin zu dem ephemeren „Eurasien“ ist eben auch aus Erfahrungen erklärbar, die Russland mit den praktischen Auswirkungen einer Anbindung an westliche Interessen und Praktiken gemacht hat. Marktideologische Kreuzfahrer und gierige Investoren haben

nach dem Zusammenbruch der zentral gesteuerten Wirtschaft dem Land eine Politik verschrieben, welche einen geordneten Übergang von einem zum anderen Wirtschaftssystem unmöglich gemacht hat. Das hatte katastrophale wirtschaftliche und soziale Folgen: mit einem weitgehenden Zusammenbruch des Gesundheitssystems, einer sonst in Kriegszeiten übliche drastische Senkung des durchschnittlichen Lebensalters, mit einer Schwächung des bis dahin sehr guten Systems von Erziehung und Forschung, und mit einer massiven de – Industrialisierung.

Nach den napoleonischen Kriegen hat man das besiegte Frankreich, dem Rate Metternich gemäß, nicht als Paria behandelt sonder wieder in ein „Europäische Konzert“ aufgenommen, welches durch viele Jahrzehnte den Frieden in Europa gesichert hat. Nach dem Ersten Weltkrieg aber wurden die besiegten Achsenmächte eben als Besiegte behandelt und erniedrigt – mit der Folge das sich an die Katastrophe des Ersten Weltkrieges die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges anschloss. Nichts ist auf Dauer gefährlicher als die Misshandlung eines Staates, der ohnehin schon geschwächt, auf das Wohlwollen und die Weitsicht anderer angewiesen wäre. Gorbatschow, der den „Westlichen Weg“ nehmen wollte, gilt in Russland heute als weltfremder, unpatriotischer Idealist; Putin hingegen als jemand, der das wahre Russland und die wahren russischen Interessen auch gegenüber einem nunmehr als feindlich eingestuften „Westen“ verteidigt.

4) DER ANGRIFF AUF DIE NACHKRIEGS – FRIEDENSORDNUNG: GEWOLLT, GEZIELT, REAKTIONÄR

All die vorerwähnten, mit dem „Westen“ gemachten negativen Erfahrungen mögen das jetzige Vorgehen des russischen Präsidenten zum Teil erklären. Sie können sie nicht entschuldigen. Hier wurde vorsätzlich eine offenkundig seit längerem gebaute

Maschine mit dem Ziel in Gang gesetzt, die Ukraine zu destabilisieren, sie unter dem Vorwand einer „Föderalisierung“ zu zerteilen und zunächst die - für Russland auch wegen der dortigen Rüstungsindustrie bedeutsamen - östlichen und südöstlichen Teile des Landes Russland einzuverleiben. Nicht klar ist, ob es dabei bliebe. Eine solche Trennung des Landes entspräche zwar einem vom russischen Parlament (der Duma) an den polnischen Außenminister gemachten Vorschlag. Mit einer anderen Äußerung ist die Duma aber darüber hinausgegangen und hat es zum Ziel erklärt, überhaupt die gesamte Ukraine in das russische Staatsgebiet zu integrieren.

Die in der Krim erfolgreiche Taktik wird nun in der Ost – Ukraine fortgeführt. Es stehen dort die nämlichen vermummten Männer in identen olivfarbenen Uniformen, ohne Hoheitsabzeichen aber mit Waffen und Ausrüstung, die zum Teil nur russischen Spezialeinheiten verfügbar sind. Spontan gibt es wie aus dem Nichts tausende von russischen Fahnen. All das ist begleitet von einer massiven Propaganda, der zufolge diese wackeren Männer nichts anderes im Sinne führen, als die russisch sprechenden Ukrainer vor dem Wüten ukrainischer Faschisten zu schützen. Für den Fall, dass die Dinge dann dennoch nicht so laufen wie sie sollen, und europäische Staaten eine handgreiflichere Unterstützung der ukrainische Regierung erwägen, stehen an der russischen Grenze zur Ukraine genug Soldaten und schweres Gerät bereit, um einen solche europäische Hilfe abzuschrecken und darzustellen, dass man auch anders könnte und in der Lage wäre, in wenigen Tagen mit Militär bis an die ukrainische Ostgrenze vorzustoßen und sich dort mit den noch immer in Transnistrien stationierten russischen Truppen zu vereinen.

All das ist schlimm genug. Der Vergleich mit Hitlers Taktik, einst den einen Schutz der deutschsprachigen Bevölkerung zum Vorwand für eine Aufteilung und dann einer

volle Besetzung der Tschechoslowakei genommen zu haben, dieser Vergleich drängt sich in durchaus berechtigter Weise auf; zumal das Ganze auch von Aktionen begleitet wird, welche über dieses Ziel einer bloß auf die Ukraine gerichteten Aktion hinauszulangen scheinen, ebenso wie die deutsche Besetzung des Sudetenlandes es deutlich machen musste, dass sich Hitlers Ziele nicht darauf beschränken, sondern dass er überhaupt eine Neuordnung des Kontinents anstrebt, wobei er entschlossener Reaktionen der Gegner immer wieder durch kleine Zugeständnisse oder offenkundige Lügen zumindest zeitweilig abblocken konnte. Wer will Putin jetzt noch glauben, dass er mit den bewaffneten Uniformierten in der Ostukraine nichts zu tun hat, nachdem er vorher schon das nämliche von den ähnlich ausgerüsteten Uniformierten in der Krim behauptet hatte – mit dem höhnischen Zusatz, dass solche olivfarbenen Uniformen ja in den dortigen Zweit – Hand Geschäften erstanden werden können; um dann schlussendlich doch eizugestehen, dass es sich da, zumindest in der Krim, um russische Soldaten gehandelt hat

Welcher Europäer kann sich den heute noch auf die beim letzten Genfer Treffen zwischen Russland der EU der USA und der Ukraine verhandelten russische Zusage verlassen, der zufolge die auf beiden Seiten bestehenden Milizen ihre Waffen abliefern werden, wenn auch etliche Tage danach, in der Ostukraine dieselben bewaffnete Uniformierten unter russischen Fahne und völlig ungestört, weiter den Zugang zu Regierungsgebäuden blockieren⁴.

Vielfach wird darauf verwiesen, dass diese brutale Machtpolitik und dieser Bruch der Nachkriegsordnung Russland selbst stark schädigt. Einiges von diesem Schaden ist

⁴ Bewaffnete, pro – ukrainische Milizen stehen allerdings auch noch auf dem Maidan Platz in Kiew; und insoweit hat auch die ukrainische Regierung das Genfer Abkommen nicht erfüllt. Man sollte die beiden Dinge allerdings nicht gegeneinander aufrechnen; die Präsenz der Milizen am Maidan –Platz hat keine weiteren Folgen, während die Milizen in der östliche Ukraine als Schachfiguren in einem weitgesteckten Plan fungieren

schon jetzt erkennbar: eine Abwertung des Rubels; massive Kapitalflucht in ausländische Steueroasen und Wertanlagen; die Verunsicherung ausländischer Investoren, die verstärkte Suche der Konsumenten von russischem Erdgas nach alternativen Energiequellen; und nicht zuletzt auch die vorerst noch bescheidenen, von den USA und der Europäischen Union ergriffenen Sanktionen.

Aber der russische Präsident rechnet offenbar damit, dass diese Folgen dann schlussendlich doch nicht allzu massive sein werden, weil der Westen, und vor allem die Europäer sich durch eine starke Verschärfung der Sanktionen wohl selbst schaden würden. Die Europäer könnten es sich vor allem nicht leisten, durch harsche Reaktionen auf das russische Vorgehen in der Ukraine die eigene Versorgung mit russischem Erdgas zu gefährden, für das es kurz- aber auch mittelfristig keinen Ersatz gibt.

Überdies läge, jüngsten Aussagen des russischen Premierministers zu Folge, eine allfällige Schwächung der Wirtschaftsbeziehungen zu Europa ohnehin im russischen Interesse. Dessen Wirtschaft könnte sich dann umso ungestörter in den von ihm dominierten „eurasiatischen Raum“ entfalten.

Solche Vorstellungen sind realitätsfern. Um autark zu sein ist Russland als Wirtschaftsraum zu klein; und zwar auch dann, wenn sich der russische Wirtschaftsraum zu einem „eurasiatischen⁵“ ausweitet.

Zudem kann selbst ein autoritär regierender russischer Präsident die Interessen und Ansichten der russischen Eliten nicht völlig ignorieren. Diese haben sich sehr wohl an das „Zu Hause“ in einem europäisierten Umfeld gewöhnt. Mit gegenseitigen, grenzüberschreitenden Investitionen; mit freiem Kapital- und Reiseverkehr; mit

⁵ Und schon gar nicht wenn unrealistischen Vorstellungen zu Folge China ein Teil diese „eurasiatischen Raumes werden sollte. Die chinesische würde die russische Industrie sehr bald erdrücken.

Ferienreisen nach, und Zweitwohnsitzen in Städten, Bergen und Stränden Europas; nicht zuletzt auch mit einer Anbindung an „westliche“ Kultur und eine Teilnahme am weltweit freien Fluss von Information. Die Vorstellung, sich aus all diesen Verbindungen in einen politisch, wirtschaftlich und kulturell autarken „eurasiatischen“ Raum zurückziehen zu können, entstammt demgegenüber wohl einem unbewältigten Erbe aus der Sowjetzeit; und erinnert an die kommunistische Vorstellung von der Möglichkeit eines „Sozialismus in einem Land“.

An die Sowjetzeit gemahnt auch das Bemühen, Westeuropa politisch zu spalten und zu schwächen. Damals in der Sowjetzeit hat man dafür linke „fellow – traveller“ benutzt. Putin setzt nun auf Europas Rechtsradikale. Diese teilen sein Ziel einer Schwächung- und möglicherweise sogar Auflösung der Europäischen Union. Beeindruckend ist jedenfalls der Gleichklang mit der diese europäischen Rechtsradikalen nunmehr ihre Stimmen zu Verteidigung der russischen Machtpolitik erheben. Liegt es nicht nahe, dahinter eine Choreographie zu vermuten? Als etwa der Führer der rechtsradikalen FPÖ, H. Strache sich zum Zweck einer solchen Entschuldigung und Verteidigung der russischen Politik zu einem Fernsehinterview bereit fand, wirkten seinen Ausführungen wie von einem russischen Teleprompter abgelesen. Seine Argumente waren fast wortgleich mit jenen in den offiziellen russischen Sprachregelungen, wobei es doch einigermaßen bemerkenswert ist, dass europäische Rechtsradikalen nunmehr gegen die angeblichen Faschisten in der Ukraine polemisieren.

5) MIT SEINEM MACHTGEBAREN DRÄNGT RUSSLAND IN EINEN SCHWACHEN RAUM

Als die Sowjetunion zerfiel, waren das Pro - Kopf Nationalprodukt der Ukraine (= 4.800,- Euro) ziemlich gleich dem Pro – Kopf Nationalprodukt in Polen (= 4. 600,- Euro). Das Russische pro Kopf Nationalprodukt lag schon damals weit vor dem ukrainischen und war mit 7.600- Euro ungefähr doppelt so hoch.

Diese Relationen haben sich seit her dramatisch verschoben. Das ukrainische pro Kopf Nationalprodukt liegt bei niedrigen 5.900,- Euro und hat sich damit seit 1990 nur wenig erhöht. Der Abstand zum russischen pro Kopf Nationalprodukt (= 14.000,- Euro) hat sich stark geweitet. Das Polens, das einst im Jahre 1990 gleich hoch wie das ukrainische war, liegt nun bei 16.800,- Euro und damit überhaupt um ein Dreifaches über dem ukrainischen.

Sowohl der östliche wie vor allem auch der westliche Nachbar sind also viel wohlhabender geworden, während die Ukraine heute fast ebenso arm ist, wie sie es 1990 gewesen war. Das erklärt wohl, weshalb sowohl der westliche wie auch der östliche Nachbar, und das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell jedes dieser Nachbarn für die Ukrainer attraktiver sein muss als die eigene Modell. Meinungsumfragen bezeugen zwar eine in der breiten Bevölkerung, und auch in deren russisch – sprechendem Teil, fortdauernde Identifikation mit, und Loyalität zum ukrainischen Staat. Aber die gegenwärtige missliche Lage treibt dennoch zur Suche nach Alternativen, und diese werden nun begreiflicher Weise in einen Anlehnung an die Nachbarn gesucht.

Aber auch eine stärkere Anlehnung an einen dieser beiden Nachbarn alleine würde die Problem der Ukraine nicht zum Verschwinden bringen. Sie sind in der Schwäche des Staates und seiner Institutionen begründet; in der Unzuverlässigkeit und Käuflichkeit

der politischen Eliten, in der Raffsucht und ungehemmten Entfaltung von „Oligarchen“, im Mangel einer kohärenten Wirtschaftspolitik.

Die daraus entstehende Schwäche des Staates wird ja jetzt auch in der Krise um die Ostukraine offensichtlich. Der Staat scheint die Kontrolle über die Polizei und andere Sicherheitskräfte weitgehend verloren zu haben. Mangels glaubwürdiger und legitimer Mandatare und Bürokraten, wird die effektive Gewalt dort Oligarchen überantwortet, welche trachten die Lage durch Nutzung eigener Ressourcen unter Kontrolle zu bringen. Das gemahnt an einen Rückfall in feudale Zeiten, als die Zentralgewalt allerorts ebenfalls schwach war und als die Ordnung hauptsächlich auf lokale einflussstarke und reiche Machthaber abgestützt war. In Kiew selbst hat die Regierung entgegen ihrer bei den Verhandlungen in Genf gemachten Zusagen nicht bewirken können, dass bewaffnete Milizen den Maidan Platz im Stadtzentrum räumen.

Weder ein näheres Heranrücken an Russland, noch ein näheres Heranrücken an die Europäische Union würden dieses Problem eines schwachen Staates und schwacher staatlicher Einrichtungen automatisch zum Verschwinden bringen. Finanzielle Zuwendungen jeder der beiden Seiten würden wirkungslos verpuffen, was natürlich dann auch jene vor Probleme stellen würde, welche solche Zuwendungen bereit stellen. Eine Erneuerung des ukrainischen Staates ist eine Aufgabe zu deren Lösung Außenseiter ein wenig beisteuern können. Im wesentlichen kann diese Aufgabe nur von den ukrainischen Bürgern und Bürgerinnen selbst gelöst werden⁶.

Eine wichtige dieser Aufgaben wäre es, die beiden Optionen – nennen wir sie die Ost- und die Westoption - miteinander kompatibel zu machen. Derzeit sind sie es nicht. Eine

⁶ Eine Lehre, welche man auch aus dem Fehlschlag der von Europa bejubelten „oranigen Revolution“ hätte ziehen müssen.

Mitgliedschaft in einer „eurasiatischen“ Zollunion, zu wie sie von Russland propagiert wird, ist unvereinbar mit einer gleichzeitigen von der Europäischen Union vorgeschlagenen Teilnahme an einer „westlichen“ Freihandelszone. Würde die Ausrichtung in die eine oder die andere Richtung dem Land oktroyiert, so würde man es damit vor eine Zerreißprobe stellen. Die Ukraine selbst muss das verhindern wollen, denn die Bindungen nach beiden Seiten sind stark und irgendwie natürlich. Sie müssen daher respektiert werden.

6) WAS TUN UM, GEGENÜBER RUSSLAND, EINE BISLANG FRIEDLICHE; KOOPERATIVE WELTORDNUNG AUFRECHT ZU ERHALTEN?

a) *Das „westliche Demokratie- und Wirtschaftsmodell“ wieder attraktiv machen.* Das impliziert eine Wirtschaftspolitik, die Arbeitslosigkeit und steigender Ungleichheit in Einkommen und Vermögen erfolgreich entgegenwirkt. Das erfordert eine Politik die Weltoffenheit und Liberalität fördert. Das fordert eine Rückkehr hinter jene Entwicklungen, welche Politik zu einem inhaltlosen Schaukampf rivalisierender Machtgruppe degradiert haben. Nicht zuletzt verlangt das auch nach einem entschiedenen Auftreten gegen die nun selbst in Europa aufkeimenden, autoritär – antidemokratische Tendenzen⁷.

b) *Stärkung der Europäischen Union* durch Stärkung der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlamentes; einheitliches Vorgehen in der Außen- und

⁷ Etwa in Ungarn. Es ist bezeichnend und sollte beunruhigen, dass sich Ungarn demonstrativ einer Kritik an Putins Vorgehen enthalten hat

Sicherheitspolitik; verstärkte Zusammenarbeit und weitgehende „Europäisierung“ im militärischen Bereich.

- c) Demonstrativer Schutz der Interessen *russischer Minderheiten* in Estland und Lettland
- d) *Militärische Gesten*, welche dem *Schutzbedürfnis der westlichen Nachbarn Russlands* entgegen kommen. Dass diese beunruhigt sind, ist verständlich. Immerhin hat es schon russische Cyber- Attacken auf Estland gegeben; ebenso wie russische Großmanöver, mit denen ein, den Einsatz von Atomwaffen einschließender, Angriff auf Polen simuliert wurde. Dennoch sollte das Militärische nicht in den Vordergrund gerückt werden. Denn erstens ist ein offener aggressiver russischer Militärschlag gegen einen EU Staat wohl ohnehin nicht zu erwarten; und zweitens würde eine Massierung westlichen Militärs an der russischen Ostgrenze die Position Putins nicht schwächen sondern stärken. Sie böte ihm seinen Gegnern gegenüber den Beweis dafür, wie zutreffend seine Ansicht war, der zufolge Russland von feindlichen Mächten umstellt und bedroht ist.
- e) *Absicherung der Europäischen Position*, zuvorderst mit dem Bemühen, sicherzustellen, dass *China* in dem Konflikt neutral bleibt; sowie durch ein stetiges mediales Sichtbarmachen Gefährdungen, die aus dem russischen Vorgehen nicht nur in Europa sondern weltweit entstehen.
- f) *Schrittweise Verschärfung von Sanktionen* in dem Maße, in dem Russland den Konflikt weiter eskaliert; wobei vordringlich nur solche Sanktionen ins Auge gefasst werden sollten, welche nicht die russische Bevölkerung insgesamt treffen, sondern

bloß Personen und Institutionen im Umkreis der herrschenden und um Putin gescharten Elite.

g) *Notfallpläne für einen allfälligen Ausfall russischer Erdgaslieferungen*, und Pläne für ein mittelfristiges, möglichst weitgehendes Abkoppeln von diesen Lieferungen durch Stärkung der europäischen Versorgungssicherheit, vor allem durch den Ausbau eigener Energiequellen (in diesem Zusammenhang muss auch das Tabu Atomkraft und Schiefergas in Frage gestellt werden).

Es steht zu befürchten, dass all das den russischen Präsidenten dann doch nicht sonderlich beeindruckt wird. Er hat auf eine „Westoption“ verzichtet und setzt stattdessen darauf, seine und die Stellung Russlands durch zunehmende Dominanz im Bereich der einstigen Sowjetunion zu stärken. Das was der „Westen“ anbieten kann scheint ihm demgegenüber offenbar eher nebensächlich, auch wenn der eine oder andere Nadelstich schmerzen mag. Schließlich ist ihm- wie auch dem „Westen“ - bewusst dass dieser militärisch selbst dann nichts unternehmen könnte, wenn er sich entschließen sollte, entweder die südliche Ukraine oder die Ukraine überhaupt mit seinem Heer zu überrollen.

Das Zuckerbrot verlockender Angebote zur Aufhebung von Sanktionen, oder durch eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit werden ihm gegenüber wirkungslos bleiben. So kann von Seiten Europas also nur versucht werden, die aufkeimende Gefahr einer weiteren Destabilisierung durch eine Politik des „*containment*“ (der Eingrenzung der russischen Machtentfaltung) einzuschränken.

Das soll und darf nicht bedeuten, dass Kontakte und der Dialog abgebrochen werden; weder die politischen Kontakte zur Bewältigung jener Probleme, welche diesem schweren Konflikt zu trotz dennoch gemeinsame bleiben. Sogar ausgeweitet werden sollten die Kontakte zur russischen Gesellschaft insgesamt. Der Weg zur Umkehr muss trotz der gegenwärtigen Widrigkeiten offengehalten, und Russland eine Rückkehr zu seiner Europäischen Bestimmung immer möglich bleiben.

In diesem Sinne sollte von Europa in der Ukraine auch nichts unternommen werden, was dort essentielle russische Interessen auf immer blockiert, und was etwa einen Freihandel zwischen Russland und der Ukraine verunmöglichen würde⁸. Einer hoffentlich einmal möglichen Wieder - Annäherung Russlands an Europa darf nicht eine an der ukrainische Ostgrenze errichtete Mauer entgegenstehen. Und selbstverständlich und als ultimative Provokation an Russland auszuschließen wäre eine ukrainische Mitgliedschaft in der NATO, zumal selbst eine NATO Sicherheitsgarantie für die Ukraine einen russischen Einmarsch weder heute noch in der Zukunft mit militärischen Mitteln verhindern könnte.

Seit zweihundert Jahren bekämpfen sich in Russland zwei miteinander inkompatible Definition der russischen Identität: die nach innen gekehrte orthodox / slawische und allenfalls auch noch „eurasiatische“ Definition, welche Russland einen Mission als Gegenpol zu einer als dekadent und seelenlos dargestellten westlichen Welt zuschreiben will; und eben einer anderen Definition, der zufolge Russland als Teil Europas und als Teilhaber an der europäischen Kultur und Wirtschaft sein Heil in einer vollen Hinwendung an den Westen suchen sollte. Im Augenblick dominiert die erste Definition über die Bestimmung Russlands. Aber das kann nicht lange vorhalten. Denn schon

⁸ Überaus sinnvoll ist in diesem Zusammenhang der vom österreichischen Außenminister gemachte Vorschlag, einen Freihandelszone nicht bloß auf die Ukraine sondern auch auf Russland auszudehnen; obzwar, wie oben argumentiert, Russland zur Zeit kein Interesse an einer solchen Konstruktion hat. Aber als Geste für eine mögliche und bessere Zukunft hat der Vorschlag sicher große Bedeutung

wirtschaftlichen Zwänge alleine werden früher oder später eine volle Öffnung zu Europa und zur weiteren Welt erzwingen.

Die Entwicklung zu einem in seiner Wirtschaftsstruktur modernen Staat ist nämlich stecken geblieben. Russland wird zunehmend zu „Petrostaat“. Der Export von Erdöl und macht für mehr als 70 Prozent seiner Gesamtexporte; und dieser Prozentsatz ist allen russischen Bemühungen zu Trotz weiter im Steigen begriffen. Der Wirtschaftsentwicklung fehlt eine breite unternehmerische Klasse. Die hohe Masse an Fluchtkapital dokumentiert nicht nur Unsicherheit über die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern auch einen Mangel an wahrgenommen Investitionsmöglichkeiten. Trotz einer großen Zahl von hoch qualifizierten Wissenschaftlern muss know – how massiv importiert werden⁹.

Früher oder später muss und wird sich Russland wieder Europa zukehren. Der Weg dorthin muss ihm trotz aller Sanktionen offen gehalten werden. Inzwischen aber gilt es den Schaden bestmöglich einzugrenzen, den Russland schon angerichtet hat und weiter anrichten könnte, und so gut wie eben mit den beschränkten Mittel möglich die Ukraine vor dem Zugriff Russlands zu schützen, so dass sie ihren Interessen gemäß und unbeeinflusst von militärischen Druck, frei ihre Zukunft gestalten kann.

⁹ Ein einleuchtendes Symbol: trotz seines breiten Binnenmarktes hat Russland, anders als Korea oder Japan weder eine eigenständige Autoindustrie, noch eine eigenständige Elektronikindustrie entwickeln können.